

Inhalt

1. Das Kammerurteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall M. J. Deutschland und seine „Parallelfälle“	11
1.1 Der „Fall M.“	12
1.2 „Parallelfälle“ der rückwirkend verlängerten Sicherungsverwahrung	15
1.3 „Parallelfälle“ der nachträglich angeordneten Sicherungsverwahrung	21
2. Die Sicherungsverwahrung im Licht des Kammerurteils des EGMR im Fall M. J. Deutschland	24
2.1 Die Befristung der erstmaligen Sicherungsverwahrung im Jahr 1975	24
2.2 Der Ausbau der Sicherungsverwahrung in den Jahren 1998 bis 2008	30
2.3 Die Entfristung der erstmaligen Sicherungsverwahrung im Jahr 1998	34
2.4 Das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung und zu begleitenden Regelungen vom 22.12.2010	40
2.4.1 Die Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung	41
2.4.2 Das Gesetz zur Therapierung und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter als begleitende Regelung	43
2.5 Die Rechtsprechung nach dem Kammerurteil des EGMR	51
2.5.1 Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte und des Bundesgerichtshofs vor dem 04.05.2011	51
2.5.2 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 04.05.2011	55
2.5.3 Gerichtliche Präzisierungen nach dem 04.05.2011	64
2.6 Das Gesetz zur bundesrechtlichen Umsetzung des Abstandsgebotes im Recht der Sicherungsverwahrung vom 05.12.2012	74

2.7 Die Sicherungsverwahrung in den Bundesländern	80
2.7.1 Landesgesetzliche Regelungen	80
2.7.2 Einrichtungen gemäß § 66c StGB	81
2.7.3 In Sicherungsverwahrung Untergebrachte	84
2.7.4 Entschädigungszahlungen wegen über zehnjähriger Unterbringung	92
2.7.5 Observation als polizeiliche Konsequenz	97
3. Fragestellung und Anlage des Projektes	105
4. Die Probanden in Strafvollzug und Unterbringung	111
4.1 Die Probanden: Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Alter	111
4.2 Die Urteile: Entscheidungsjahre, Anlasstaten und Freiheitsstrafen	114
4.3 Die Unterbringung: Dauer und widerrufene Aussetzungen	127
4.4 Therapeutische Maßnahmen	130
4.4.1 Therapeutische Maßnahmen im Strafvollzug	135
4.4.2 Therapeutische Maßnahmen in der Unterbringung	152
4.4.2.1 Überweisungen nach § 67a II StGB	158
4.4.2.2 Verlegungen in sozialtherapeutische Einrichtungen	167
4.4.2.3 Therapeutische Maßnahmen in Justizvollzugsanstalten	176
4.4.3 Fazit	189
4.5 Vollzugsöffnende Maßnahmen	190
4.5.1 Vollzugsöffnende Maßnahmen im Strafvollzug	193
4.5.2 Vollzugsöffnende Maßnahmen in der Unterbringung	195
5. Die abschließenden Entscheidungen nach dem EGMR- sowie dem BVerfG-Urteil	207
5.1 Phasen und Grundlagen der abschließenden Entscheidungen	207
5.2 Erledigung, Aussetzung oder Fortdauer?	210
5.3 Rechtsmittelverzicht bzw. -rücknahme	212
5.4 Anlass der Verfahren und Überschreiten gesetzlicher Fristen	216
5.5 Dauer der Verfahren und Überschreiten der vom BVerfG gesetzten Frist	220

5.6 Die Entscheidungsphasen	225
5.6.1 Die Anfangsphasen: „Relevanz des Kammerurteils des EGMR?“ sowie „Divergenzvorlage“	225
5.6.2 Die Phase der BGH-Vorgaben als jene der Begutachtungen	235
5.6.3 Die Phase der BVerfG-Vorgaben als jene der „unverzüglichen“ Überprüfungen	240
5.6.4 Die Prüfung der BGH- und BVerfG-Vorgaben durch die Strafvollstreckungsgerichte	242
5.6.4.1 „Hochgradige Gefahr“	242
5.6.4.2 „Schwerste Gewalt- oder Sexualverbrechen“	249
5.6.4.3 „Aus konkreten Umständen in der Person oder dem Verhalten des Untergebrachten“	260
5.6.4.4 „Psychische Störung i. S. von § 111 ThUG“	264
5.6.4.5 Zweck mit weniger einschneidenden Maßnahmen nicht erreichbar	282
5.6.5 Zusammenfassung	286
6. Die Entlassung	288
6.1 Zeitpunkt der Entlassung	289
6.2 Erster Wohnsitz nach der Entlassung	291
6.3 Weisungen für die Zeit nach der Entlassung	300
7. Zusammenfassung und Fazit	306
 Anhang	
Abkürzungen	313
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	315
Rechtsprechungsdatenbanken	317
Literaturverzeichnis	319